Deutscher Bundestag **Drucksache 14/947**
14. Wahlperiode
04. 05. 99

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Dr. Maria Böhmer, Rainer Eppelmann, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Klaus Hofbauer, Karl-Josef Laumann, Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Franz-Xaver Romer, Heinz Schemken, Johannes Singhammer, Andreas Storm, Thomas Strobl, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1999
– Drucksachen 14/300 Anlage, 14/760, 14/611, 14/622, 14/623, 14/624 –

hier: Einzelplan 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung im Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte vom 19. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3843) und zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24. März 1999 (BGBl. I S. 388) haben negative Folgen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt sowie im gemeinnützigen Bereich.

Das selbst gesetzte Ziel der Bundesregierung, mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist nicht erreicht worden. Dies zeigen die ersten Erfahrungen mit den neuen gesetzlichen Regelungen. Durch die Regelungen zur Scheinselbständigkeit und zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat es bereits zu einem Verlust von zigtausenden von Arbeitsplätzen geführt. Der weitere Verlust von Arbeitsplätzen droht, wenn nicht umgehend gehandelt wird.

Selbst Kanzleramtsminister Bodo Hombach hat für die Bundesregierung sowohl hinsichtlich der Regelungen zur Scheinselbständigkeit als auch bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen die Notwendigkeit von Änderungen attestiert. Weitere kurzfristige Detailänderungen, ohne sorgfältige Beratung mit allen Betroffenen, führen eher noch zu zusätzlichen Belastungen für Finanzämter, Sozialversicherung, Arbeitgeber und Beschäftigte.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Regelungen zur Scheinselbständigkeit und die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind unverzüglich zurückzunehmen und zwischenzeitlich außer Vollzug zu setzen. Die Bundesregierung ist gehalten, im konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten eine bessere Lösung für diese Bereiche zu erarbeiten.

Bonn, den 4. Mai 1999

Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Maria Böhmer
Rainer Eppelmann
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Klaus Hofbauer
Karl-Josef Laumann
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Franz-Xaver Romer
Heinz Schemken
Johannes Singhammer
Andreas Storm
Thomas Strobl
Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion